

Die Austritts-Erklärungen

Don
Senator a. D. Dr. Stubmann-Hamburg,
Vorsitzender des Reichsausschusses der Deutschen Demokratischen Partei.

Seit Jahren kann man in den Vätern der Rechts-
presse, einschließlich derjenigen der Deutschen Volkspartei,
immer dann, wenn größere politische Entscheidungen be-
vorstehen, stets erneuerte Mitteilungen lesen über die
„Krisis“ in der Deutschen Demokratischen Partei, über
„Spaltungen“, über den „Zusammenbruch“ und ähnliche
düstere Vorgänge. Anlaß hierzu bieten leider in der
Regel Austrittserklärungen von bisherigen Mitgliedern
der Partei, die von der gegnerischen Presse als prominente
Mitglieder gewertet werden. Im Falle des Reichsbank-
präsidenten Schacht trifft dies ja auch zu, zumal Dr.
Schacht Vorstandsmittglied der Partei war, wenn er auch
von dieser Eigenschaft selten Gebrauch gemacht hat. An-
dere Austrittserklärungen sind aus dem Bedürfnis der
Agitation in ihrer Bedeutung stark übertrieben worden.
Wenn man den geringfügigen Bemerkungen der gegnerischen
Presse glauben wollte, dann müßte schon längst
innerhalb der Deutschen Demokratischen Partei ein Zu-
stand eingetreten sein, bei dem herzerogante Männer des
Wirtschaftslebens und Vertreter anderer wichtiger Schich-
ten der Partei nicht mehr angehören.

Daß dem nicht so ist, braucht nicht besonders betont
zu werden. Democh steht eines der in der öffentlichen
Meinung muß nicht nur durch derartige Nachrichten, son-
dern durch Vorgänge, die ihnen zugrunde liegen, der Ein-
druck entstehen, daß starke Kräfte die Partei verlassen. Und
daraus ergibt sich wieder naturgemäß, daß die Werbe-
kraft der Partei entsprechend geschwächt wird. Wir sehen
daher eine offene Behandlung dieses Zustandes ein drin-
gendes Erfordernis zu sein.

Die Austrittserklärungen sind jeweils in den schwie-
rigsten Augenblicken vorgenommen worden, meist mit der
Begründung, daß man mit dieser oder jener Stellungnahme
des Parteivorstandes oder der Reichstagsfraktion
nicht einverstanden sein könne. Waren es bislang meistens
lässliche Meinungsverschiedenheiten, so sind die neuesten
Austritte auf tatsächliche Differenzen zurückzuführen. Die
ausstretenden Herren waren nicht einverstanden damit, daß
der Parteivorstand bei seiner Stellungnahme zu der Frage
der Enteignung allen in der Partei vorhandenen entgegen-
gesetzlichen Auffassungen Rechnung trug und Neutralität übte.

Demgegenüber muß doch die Frage aufgeworfen wer-
den, warum die Herren der Deutschen Demokratischen
Partei angehört haben? Es ist selbstverständlich, daß
sie mit ihrem freiwilligen Beitritt nicht die Erklärung
verbinden wollten, daß sie mit allem und jedem, was
irgendeine berufene Instanz der Partei in Zukunft tun
wird, einverstanden sein würden. Auch war es nicht ihre
Absicht, mit ihrem Beitritt die Bedingung zu ver-
binden, nur solange Mitglied zu bleiben, als der Partei-
vorstand ihren Auffassungen über die weitere politische
Entwicklung zu entsprechen beschloß. Sondern beigetreten
sind diese Herren der Partei, wenn ich nicht irre, weil sie
es mit uns für notwendig hielten, die deutsche politische
Entwicklung auf dem Boden der Demokratie und mit dem
offenen Bekenntnis zur neuen Staatsform der Republik in
bessere Tage hineinzuführen. Würden die Herren diese
politischen Auffassungen heute bei anderen Partei besser
gewahrt finden, so könnte man immerhin begreifen, daß
sie ihrer alten Partei den Rücken kehren. Tatsache ist aber,
daß die Deutsche Demokratische Partei die einzige deutsche
nicht sozialistische Partei ist, die das Bekenntnis zum neuen
Staat und zur demokratischen Einie vorbehaltlos und
treuhäufig befolgt.

Ich habe mich bei den letzten Austrittserklärungen
immer gefragt, wozu diese Herren sich politisch wenden
wollen. Der Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat nach-
träglich offen erklärt, daß er Demokrat hei ße. Er
scheidet also aus seiner bisherigen Partei aus, um keiner
anderen Partei anzugehören. Er bezieht sich damit auf
jeden Boden, auf dem viele Angehörige unserer Partei
sich und unteres Mittelstandes glauben, der Abwendung
gegen Beschäftigung mit politischen Problemen können
zu können, auf den Boden der politisch Unangenehmsten
die die Tradition forschten, die in Deutschland vor dem
Kriege das beherrschende Element des politischen Lebens
war. Würde diese breite unpolitische Schicht, in der die
meisten noch einen ganz schematischen Widerwillen gegen
die Volksmassen hatten, vor dem Kriege nicht geradezu
maßgebend gewesen sein, dann würde das Regiment von

teeland stärken. Das ist ihre nationale Aufgabe. Lei-
desung muß, die Reichspräsident von Hindenburg
lagte, Volksliste werden. „Leibesbesitzung ist Bürgerpflicht.“
Leibesbesitzung ist unentbehrliches Mittel zur Wieder-
erhaltung von Volk und Vaterland.

Sagen Sie, ob Sie der Minister fort, den Millionen
Ihrer kranken und fortstrebenden Brüder und Schwe-
stern, die Sie hierher entsandt haben, daß im Herzen der
Reichsregierung volle Anerkennung ihres vaterländischen
Strebens lebt, und daß wir uns ihnen zur ersten
Mitarbeit verbunden fühlen. Eine Regierung erfüllt
ihre Pflicht, wenn sie in hohen vaterländischen Aufgaben
mit dem Volke in inniger Verbindung steht. Betrachten
Sie meine Worte als den Ausdruck dieser innigen Ge-
meinschaft im Streben für die Sache der Leibesbesitzung.

Die Deutschen Kampfspiele begrüßen wir als imbo-
blichen Ausdruck dafür, daß alle Deutschen zusammen-
gehören. Hier schneidet die Trennung von Verein und
Verband; hier fallen auch die staatlichen Grenzen. Hier
steht vor uns ein einzig Volk von Brüdern. Das ist der
höchste Sinn des Festes, das wir feiern. So sollen die
Wünsche der Reichsregierung zu einem guten Gelingen
in diesem höchsten Sinne des Festes ausfließen.

oben, das wir früher besahen, und das mit einer ge-
dämmten Schicht die auswärtige Politik des Deutschen W
dieses allmählich in den Abgrund geführt hat, überhaupt u
mächtig gewesen sein. Diese Zustände grundlegend
ändernd, ist das Streben der Deutschen Demokratisch
Partei und ihre Hauptaufgabe im neuen Staat. Als
das alles richtig ist, darf man dann dieser Partei d
Rücken kehren, wenn irgendein Beschluß der Partei d
eigenen Auffassung nicht entspricht, oder, wie es am le
Falle war, nur deshalb, weil die Partei nicht gerade d
Beschluß gefaßt hat, den der einzelne für ermunstet h
Wenn die politische Arbeit und Zugehörigkeit zu ein
Partei einen Sinn haben soll, dann ist die Befrei
dieser Frage völlig ausgeschlossen. Hingutommen, daß b
erliche Austrittserklärungen nicht nur gegen die Dem
Partei ausgebeutet werden, sondern auch gegen d
staatspolitischen Grundzüge, für die die Partei kämpft, un
schließlich auch eine Minderung des Ansehens unse
Negierungsform und unserer Verfassungszustände darste
len. Ich bin, je länger ich überlege, der Ansicht, da
manch einer von denen, die im Laufe der Jahre aus d
demokratischen Partei ausgestreut sind, sich bis heute n
nicht darüber klar wurde, welchen schweren Schaden er
Republik, an deren Errichtung er mitgeholfen hat, z
fügte, und wie groß die Förderung derjenigen ist, die d
neuen Staat und der demokratischen Verfassung lieb
heute als morgen den Garau machen wollen.

Das, was mit diesen Erklärungen großgezogen wir
ist nicht die Staatsbesetzung, die leider in weiten Krei
auch heute noch fehlt, sondern dient schließlich nur dem G
wanken der Staatsverneinung, der Desinteressi
nung weiter Schichten und der Abwendung vor allem d
Wirtschaftslehre von der Gesamtpolitik. Hand in Har
herrschaft geht die Vertreibung demokratischer-e
büttelhafter Arbeiter aus dem Bürgerum, fädig die Er
tug des modernen Staates, wenn die bürgerliche Dem
tratie durch Erscheinungen, wie wir sie kritisieren, mel
und mehr gemindert werden würde, in letzter Linie mi
bei der Sozialdemokratie liegt.

Auf diesem Wege kommen wir allmählich dazu,
die Frage: Republik oder Monarchie eine reine Klassen
frage wird. Eines der wichtigsten sozialen Ziele der D
mokratischen Partei, dem auch die Wirtschaftler dieser Part
vollk Unfeigen zustimmen, war es, die Staatsform
heit der deutschen Arbeiterschaft, die vor dem Kriege lei
der vorhanden war, in eine Staatsabhängigkeit umzu
wandeln. Wer heute als Wirtschaftler aus irgendwelche
berücksichtigt oder unberücksichtigt Verärgerung der Dem
okratischen Partei keine Unterstützung nicht gewährt, ode
sie ihr entgegen, verleiht er dem Staat und der Repu
blik, eine große bürgerliche Partei zur Verfügung
zu haben, die uneingeschränkt und vorbehaltlos auf dem
Boden der Republik steht. Er verleiht die Notwendig
keit einer aktiven Unabhängigkeit an diesen Staat, die in
nerhalb der bürgerlichen Kreise zu schaffen ein dringende
Erfordernis ist, wenn Deutschland nicht wieder schwerer
innerpolitischen Erschütterungen entgegengehen soll.

Vielleicht wird mich nun mancher der ausgetreter
erren verzeihen, wenn ich es für notwendig erkläre, daß
die Angehörigen der Deutschen Demokratischen Partei, so
fern diese Zugehörigkeit eine bewußte oder programmatisch
ist, es vermeiden müssen, einer mienohnfachen Empfind
lichkeit bei Einseitigkeiten Raum zu geben und „aus-
zutreten“, eine Empfindlichkeit, die etwa einem Minist
gegenüber seinem Kabinett antehen werde, der Geheime
rat und Vorlagen, die gegen sein Gewissen gehen, in
Parlament nicht mit vertreten möchte. So liegen aber die
Einzelentscheidungen die Dinge für ein Parteimitglied
nicht; namentlich, wenn diese Partei sich demokratisch
nennt. Im demokratischen Staat und in der Demokra
tischen Partei muß die Minderheit die Entscheidung der
Mehrheit hinnehmen, selbst dann, wenn sich daraus mate
rielle Schädigungen für die Angehörigen der Minderhei
ergeben könnten. Rücksicht kann nur sein, ob die Part
ihrer grundsätzlichen oder ihrer programmatischen Auf
gabe noch wie vor gerecht wird. Daß gar das Programm
durch einen Vorkamtsbeschluß verfehlt ist, der auf Reu
tätigkeit der Parteiführung abzielt, kann nur der beauftra
gten der von der Meinung ausgeht, daß der Parteivorstand
den einzelnen Mitgliedern die Gewissenhaftigkeit in
solchen Fragen abzunehmen berufen ist.

Wären sie ein immer wiederkehrender Markt
deutscher Einigkeit, deutscher Selbstsucht, deutscher An-
und deutscher Freiheit sein.“

Eine Hilfsaktion für Beamte?

Die durch die wirtschaftliche Notlage eingetretene starke
Verfälschung des Beamtenstandes und die sich daraus er-
gebenden bedenklichen Folgen für die öffentliche Sauber-
keit hat den Abgeordneten Schuldt-Steglich (Dem.) ver-
anlaßt, bei dem Reichsminister der Finanzen Dr. Rein-
hold anzugehen. Entschuldigungsmaßnahmen in Angriff zu
nehmen, die in erster Linie darauf abzielen sollen, Be-
amte aus ihren drückendsten Schuldverpflichtungen zu be-
freien. Angehörige der Landesebene, die die öffentlichen Ge-
finzen und die Rückführungnahme auf die große Notlage
breitester Bevölkerungsschichten eine sichtbare Aufbe-
reitung der Beamtenentkommen in naher Zeit nicht ermö-
glichen, würde die Abklärung der nicht selten unerträglich
drückenden privatsphärischen Verpflichtungen durch
jinselne Vorhülfe aus öffentlichen Mitteln für weite
Kreise der Beamenschaft eine willkommene Hilfe sein.

und Wirtschaft zurechtzubringen, muß man schon den Blick
auf das große Ganze lenken. Mit kleiner Parteimagogie
ist da nichts zu machen, woraus logisch folgt, daß die
Deutschnationalen, die sie sich nicht gründlich gemauert
haben, von der Verantwortung besser ausgeschlossen blei-
ben. Sie würden von ihr nur erdrückt, und da wir nicht
gebessig sind, können wir das beim besten Willen nicht
wünschen.
Richard Man.

Die Sommerarbeiten der Reichsregierung Neue Gelegenheitswerke in Vorbereitung

Wie der „Demokratische Zeitungsdienst“ mitteilt,
wird die Reichsregierung die vier Monate bis zum Wieder-
eröffnungstag des Reichstages benutzen, um eine Reihe
wichtiger Aufgaben zu Ende zu führen und um neue Vor-
arbeiten. In besonderer Weise wird die Arbeit an einer
Anzahl von Gelegenheitswerken, die in den Reichsministerien
geplant sind, so beiläufig vorangeht, daß sie dem Reichs-
tag Anfang November vorgelegt werden können.

Das Reichsministerium des Innern wird seine Arbeit
auf die Vereinfachung des Rechts und auf die
Schaffung von Rechtsgarantien hinzielen, energisch
fortsetzen. Weiterhin werden auch die Arbeiten über die
Wahlreform und das Reichsstatut fortgesetzt werden.
Der Reichsminister des Innern legt besonderen Wert auf
die Fertigstellung des Ausführungsgesetzes zum Artikel
48 der Reichsverfassung. Ein Gelegenheitswerk über Ein-
schränkung des Alkoholverkehrs ist ebenfalls in Vorbe-
reitung.

Im Reichswirtschaftsministerium werden die Verhand-
lungen über den Finanzausgleich die Hauptaufgabe des Som-
mers bilden. Das Ministerium wird weiterhin sehr er-
folgreich mit Arbeiten der inneren Organisation des Steuer-
wesens beschäftigt sein. Hier harren z. B. die Fragen der
Abgrenzung der Finanzämter noch der Erledigung.

Dem Auswärtigen Amt fällt in Verbindung mit dem
Reichswirtschaftsministerium für den kommenden Som-
mer im wesentlichen die Weiterführung der Handelsver-
tragsverhandlungen zu. Der neue Vertrag mit Frank-
reich wird, wie man hofft, in den ersten Septembertagen
in Kraft gesetzt werden können. Die Verhandlungen mit
der Schweiz stehen vor dem Abschluß; das gleiche gilt für die
deutsch-japanischen Handelsvertragsverhandlungen. Es
schweben auch die Handelsvertragsverhandlungen mit
Polen, der Türkei, Griechenland, Letland und Mexiko
und mit einer Reihe anderer Staaten, z. B. mit Litauen,
werden Handelsvertragsverhandlungen demnächst aufge-
nommen werden. Neben diesen Verhandlungen ist das
Auswärtige Amt aber auch bemüht, weitere Verträge
zum Ausbau des Schutzesystems zu schließen. Voraus-
setzunglich werden die diesbezüglichen Verhandlungen mit
Norwegen bald zu einem Abschluß gelangen. Mit einer
Reihe von Ländern werden ferner Verhandlungen über
den Abbau des Sicherungswesens geführt.

Das Reichswirtschaftsministerium wird sich im Ver-
laufe des Sommers noch mit dem Problem der Export-
kredit-Veränderung zu beschäftigen haben und ebenso
mit der Aufrechterhaltung der Reichsfinanzverwaltung
Ministerium Verhandlungen mit der linken und mittleren In-
dustrie über Kreditgewährung. Mit dem Abschluß die-
ser Verhandlungen erhofft man eine günstige Wirkung
auf den Arbeitsmarkt. In Verbindung mit dem Reichs-
arbeitsministerium wird das Reichswirtschaftsministerium
bei dem großen Arbeitsprogramm der Regierung zu
prüfen haben, welche Arbeiten als produktiv anzus-
prechen sind. Gleichfalls in Verbindung mit dem Ar-
beitsministerium wird im Laufe des Sommers das Be-
rufsausbildungsgesetz erörtert werden, und schließlich wird
sich das Reichswirtschaftsministerium noch mit den Ar-
beiten zur Schaffung des endgültigen Reichswirtschaftssta-
tes beschäftigen haben.

Das Reichsarbeitsministerium ist mit seinem großen
Arbeitsprogramm auch für den Verlauf des Sommers
vollauf beschäftigt. Außerdem wird an den Wohnungs-
bau- und Siedlungsfragen verständig gearbeitet werden
müssen, und schließlich harren auch, noch eine Reihe von
wichtigen sozialpolitischen Gegenständen, die dem Reichs-
tag für den Herbst zugelegt sind, der Erledigung. Das
Ergebnis der Verhandlungen zwischen Arbeitnehmern und
Arbeitgebern wird in den Entwurf des Arbeitschutzge-
setzes hineingearbeitet werden müssen. Gleichzeitig wird
weiter an dem Vergütungsgegesetz gearbeitet, das als Er-
gänzung zum Arbeitschutzgesetz gedacht ist. Das Ar-
beitslosenversicherungsgesetz wird zurzeit vom Arbeitsrat
des Reichswirtschaftsstaates behandelt. Das Reichsarbeits-
ministerium wird dann noch im Laufe des August und
September das Ergebnis der am 2. Juli vorgenommenen
Erhebung über die Lohnlücken der Erwerbsloshilfe für
zu bearbeiten haben.

Im Reichsjustizministerium sind ebenfalls eine An-
zahl von Spezial-Gesetzentwürfen in Vorbereitung. Da
die Reichsregierung zugesagt hat, das Reichsstatutgesetz im
Reichsrat mit allen Mitteln zu fördern, so wird das
Reichsjustizministerium im Verlauf des Sommers vor-
 allem mit den Ländern über diesen Gesetzentwurf ein-
gehend zu verhandeln haben.

Der Reichsinnenminister Dr. Käß über die Bedeutung der deutschen Kampfspiele

Bei der Eröffnung der deutschen Kampfspiele im
Stadion zu Köln begrüßte Reichsinnenminister Dr. Käß
die vielen Tausenden von Teilnehmern im Namen der
Reichsregierung. Der Minister sagte u. a.:

Kunsten und Sport sind im Geiste Friedrich Lud-
wig Jahns vaterländisch deutsches Volkstums. Auf dem
Boden einer vaterländischen Begeisterung gewachsen, haben
die Leibesbesitzungen ein Menschheits- und ein Volksgut.
Sie sollen den Menschen gesund, stark und froh machen;
das ist ihre Menschheitsaufgabe. Sie sollen den Einzel-
nen einbinden in den Dienst der Gemeinschaft und ihn
in seinem Sinn für die Pflicht gegenüber Volk und Va-

Aus Parlamenten und Parteien
Kreditbeschaffung für landwirtschaftliche Pächter.
Annahme einer demokratischen Entschlieung.
 (Die Stellung der Volkspartei.)

Im volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages wurde der Gesetzentwurf über die Kreditbeschaffung für landwirtschaftliche Pächter verabschiedet. Die demokratischen Vertreter haben sich im besonderen dafür eingesetzt, daß die Technik des Verfahrens möglichst vereinfacht wird, damit auch die bäuerlichen Pächter bei der Kreditbeschaffung mehr berücksichtigt werden. Jeder fand aber die Entschlieung der demokratischen Reichstagsabgeordneten K ö n i g u n d V e m m e r, durch die diese insbesondere versuchen wollten, den in schwieriger Lage befindlichen Pächtern zu helfen, nicht die Unterstützung der Parteien, die sonst ihre Landwirtschaftsreformtätigkeit genügend betonen.

Die demokratische Entschlieung lautet:
 „Die Reichsregierung wolle angesichts der überaus schwierigen wirtschaftlichen Lage der landwirtschaftlichen Pächter, insbesondere der bäuerlichen Pächter, den Verhandlungen mit allen beteiligten Stellen, insbesondere mit den Organisationen der Verpächter, ihren ganzen Einfluß aufwenden, um zu einer beratigen Senkung der Pachtpreise zu kommen, wie sie der jetzigen geringen Rentabilität der Landwirtschaft entspricht.“

Für die Entschlieung stimmten außer den Demokraten, die Sozialdemokraten, das Zentrum und die Kommunisten, während alle anderen Parteien nicht dafür zu haben waren. Dennoch fand die Entschlieung Annahme. Hoffentlich wird die Regierung, falls das Reichstagsplenum wie erwartet werden muß, der Entschlieung ebenfalls zustimmen sollte, sich im Sinne des dankenswerten Vorschlags bemühen, durch dessen Durchführung den Pächter am besten geholfen werden kann.

Neue Verhandlungen zwischen Preußen und Hohenzollern?

Der Antrag der Deutschen Volkspartei, zu dem Antrag der Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei, das Staatsministerium aufzufordern, schleunigst eine Vermögensauseinandersetzung zwischen dem preussischen Staat und den Hohenzollern herbeizuführen, erfuhr der „Demokratische Zeitungsdienst“ von unterrichteter Seite.

Wenn sich eine Möglichkeit bietet, auf dem Vergleichswege die Auseinandersetzung zwischen dem preussischen Staat und den Hohenzollern vorzunehmen, so werden die Regierungsparteien in Preußen und auch die Preussische Staatsregierung kaum Einwendungen dagegen erheben. Das Hohenzollernhaus ist ja während der parlamentarischen Verhandlungen der letzten Wochen offensichtlich zu einer „königlichen Tat“ aufgefordert worden. Die Antwort, die einem Zeitungsbericht zufolge Herr von Berg als Generalverwalter des Hohenzollernhauses gegeben hat, ist allerdings kaum ermutigend, denn daß der Oktobervergleich nicht als „ganz großer Vergleich“ angesehen werden kann, ist doch wohl selbstverständlich. Wenn neue Verhandlungen eingeleitet werden sollen, so kann man eine Verhandlungsgrundlage nur dann finden, wenn die Hohenzollern über den Kompromisswert der Regierungsparteien des Reichstages hinaus sich im Interesse des preussischen Staates zu Zugeständnissen verstehen werden. Wenn den Hohenzollern ernstlich an einer Einigung auf einer solchen Grundlage gelegen ist, so gibt es eine Reihe von Verhandlungsmaßnahmen. Man könnte sich z. B. denken, daß der preussische Staat mit den Hohenzollern eine Art Sühnevertrag über die künftigen Dienste schließen würde. Gewisse Schwierigkeiten rechtlicher Art bestehen für solche Verhandlungen darin, daß man von preussischer Seite Wert auf eine Gesamtauseinandersetzung legt, während z. B. die Rheinlinie Prinz Friedrich Leopold bisher keinerlei Neigung gezeigt hat, das Schicksal der Objekte, auf die seine Ansprüche erhebt, im Rahmen einer Gesamtauseinandersetzung entstehen zu lassen.

„Schieber-Republik“

Das völkische „Deutsche Tageblatt“ brachte am 26. Juni die Meldung, daß die Strafkammer des Landgerichts Mannheim gegen einen Wälfischen, namens Drith, verhandelt habe, der in einer Verurteilung der Reichsbankglaubiger den Ausdruck „Schieber-Republik“ und weitere Beleidigungen der republikanischen Staatsform gebraucht hatte. Die aus Mannheim datierte Meldung schließt mit folgendem Absatz:
 „Das Gericht sprach den Angeklagten frei. In der Urteilsbegründung heißt es: Die Vorlegungen des Drith haben ergeben, daß die Vermögensverluste der Witwen Wälfen und alten Leute ihre Wurzeln in der gegenwärtigen Staatsform haben, sowie für diese bezeichnend sind, daß also solche Ungerechtigkeiten erst mit deren Beheben aufhören werden.“

Diese Meldung stellt eine glatte Fälschung dar. Tatsächlich wurde Drith nicht freigesprochen, sondern wegen Verhöhnung der republikanischen Staatsform zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Der oben wiedergegebene Wort aus der Urteilsbegründung wiederholt lediglich die Worte, mit denen Drith sich zu verteidigen suchte.

Nach diesen Ausführungen, die die Ansicht des Angeklagten wiedergeben, folgt dann die Begründung der Verurteilung durch das Gericht, die folgendermaßen lautet: „Drith hat mit seinen Darlegungen mit Vorbedacht die Republik der Weidach zu verhöhnen, was gegen den Geist der Aufzeichnung und die Neigung zu Gesamttätigkeiten herozuzuziehen, zu diesem Zwecke gebraucht er die besonders rohe Form, die Republik gehört an Vaterneinigkeit.“ Er hätte an dem Wälfischen, den er verurteilt wollte, ohne solche beschimpfende Worte eine scharfe Kritik üben können. Er hat also die verfassungsmäßig festgestellte republikanische Staatsform beschimpft.“

Reichsbannerkameraden!

Su der am 7. u. 8. August in Bitterfeld stattfindenden

Gaubeberfassungsfeier

werden alle Kameraden und Republikaner herzlich eingeladen, daran teilzunehmen.



Kameraden! In allen Ortsgruppen muß eine intensive Vorbearbeit eingelegt. Ein Massenaufmarsch muß neue Befehle schlagen, zum Segen der Republik und für den Gedanken eines künftigen geeinigten Großdeutschland.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.
Drüogruppe Bitterfeld.

Parteinachrichten.

Bezirk Magdeburg.

D. D. P. (Geheimführender Ausschuss). Die Sitzungen fallen während der Ferien aus.

D. D. P. (Stammstift). Dienstag, den 20. Juli, abends 8 Uhr: Hotel „Weißer Hirs“, Weinabschätze 6. Mitglieder und Freunde herzlich willkommen.

Festspiele im Harzer Bergtheater. Wir bitten den Spielplan im Anzeigenteil zu beachten.

Hauszinssteuer.

Auf Grund des preussischen Gesetzes vom 23. Juni 1926 tritt eine Erhöhung der Hauszinssteuer mit Wirkung vom 1. 7. 1926 auf den jetzigen Betrag der staatlichen vorläufigen Steuer vom Grundvermögen ein. Wie bisher wird die Steuer am 15. jeden Monats fällig, zum ersten Male also ist der erhöhte Steuerbetrag am 15. 7. 1926 zu entrichten. Im allgemeinen erfolgt keine besondere Benachteiligung der Steuerpflichtner.

Falls im Eigentum öffentlicher Körperschaften, Stiftungen usw., feldende und für diesen Zwecke benutzte, behaute Grundstücke zur Hauszinssteuer herangezogen sind, so kann der Steuerpflichtner hiergegen Einspruch erheben. Der Einspruch ist beim Vorsitzenden des Grundsteuerausschusses (Katasteramt) bis zum 15. 10. 1926 anzubringen; bei begründeten Einsprüchen tritt die Befreiung vom 1. 4. 1926 ab in Kraft.

Die neuen Grundstücke oder Grundstücke gewerblichen Zwecken, so kann unter Umständen dadurch eine Herabsetzung der Hauszinssteuer erreicht werden, daß der Veranlagung eine angemessene Grundvermögenssteuer von 4 v. H. des nach den Vorschriften des Gebäudevermögensgesetzes vom 21. 5. 1861 festgestellten oder festzustellenden Gebäudevermögenswertes zugrunde gelegt wird (Vergleiche S. 2, Abs. 2 der Pr. St. N. L.).

Waren Grundstücke am 31. 12. 1918 mit dinglichen privatrechtlichen Lasten nicht oder mit einem Goldmarkbetrage von nicht mehr als 40 v. H. des Friedenswertes belastet, so ist der Betrag der Steuer gemäß § 3 Abs. 3 der Pr. St. N. L. in der neuen Fassung auf Antrag des Eigentümers soweit herabzusetzen, daß er bei unbelasteten Grundstücken 37 v. H., bei einer Belastung bis zu 10 v. H. des Friedenswertes 50 v. H., bei einer Belastung bis zu 20 v. H. des Friedenswertes 65 v. H., bei einer Belastung bis zu 30 v. H. des Friedenswertes 75 v. H., bei einer Belastung bis zu 40 v. H. des Friedenswertes 87 v. H. der Grundvermögenssteuer beträgt.

Waren Grundstücke bisher schon mit nur 500 oder 400 v. H. der Grundvermögenssteuer zur Hauszinssteuer herangezogen, weil sie am 1. 7. 1914 höchstens bis zu 20 v. H. des Wertes dinglich belastet waren, so wird auf Grund der Bestimmungen im vorangehenden Absatz die Steuer durch die Katasterämter neu festgesetzt und den Steuerpflichtigen mitgeteilt werden.

Die Herabsetzung der Steuer erfolgt im übrigen nur auf Antrag. Es bedarf jedoch eines neuen Antrages nicht, wenn er etwa bereits zugleich mit der im Anfang dieses Jahres abgegebenen Erklärung über die Friedensmiete gestellt worden ist.

Für Einfamilienhäuser mit einer Wohnfläche von nicht mehr als 90 qm, die bis zum 1. Juli 1918 einschließlich bezugsfertig hergestellt waren und ausschließlich dem Eigentümer und seiner Familie bewohnt werden, wird auf Antrag des Steuerpflichtigen gemäß § 3a der Pr. St. N. L.

Steuerbefreiung gewährt, sofern das Einfamilienhaus zu diesem Zeitpunkt mit dinglichen privatrechtlichen Lasten nicht oder mit einem Goldmarkbetrage von nicht mehr als 20 v. H. des

Friedenswertes belastet war, die Steuer um 250 v. H. der Grundvermögenssteuer, jedoch nicht unter 25 v. H. der Grundvermögenssteuer herabgesetzt, sofern das Einfamilienhaus zu dem angegebenen Zeitpunkt mit einem Goldmarkbetrage von mehr als 20 v. H. des Friedenswertes belastet war.

Die Freistellung oder Ermäßigung wird dadurch nicht ausgeschlossen, daß das Einfamilienhaus zum geringen Teil auf Grund behördlicher Maßnahmen vermielet war.

Die evtl. erforderlichen Anträge sind beim Vorsitzenden des Grundsteuerausschusses (Katasteramt) bis zum 31. Dezember 1926 zu stellen.

Die Steuerermäßigung oder Befreiung tritt, sofern die Anträge begründet sind, vom 1. Juli 1926 ab in Wirkung.

Bezirk Halle.

Zur Verfassungsfeier

am Sonnabend, den 14. August, erachtet der Festauschuss von den Hausfrauen kleine Geschenke, die im Hausalt einberühlich und für die Verlobung geeignet sind. Diese uns zugehenden Geschenke können im Parteibüro, Leitzungsstraße 21, abgegeben werden. Anderenfalls werden sie auch auf Wunsch und entsprechende Nachricht an das Parteibüro durch einen Boten abgeholt.

Ausreden gib's nicht!

Just zu der Zeit, da Herr Dr. Stresemann als Außenminister des Deutschen Reiches vor dem Verein deutlicher Studenten die akademische Jugend zur Mitarbeit am heutigen Staat auffordert, wird der Schriftleiter der in Halle erscheinenden „A. Z.“ auch eine Mitarbeit der politischen Gefährten des Herrn Stresemann, aber um eine Mitarbeit in etwas anderer Richtung. Als Reichsminister des Äußeren hat Herr Stresemann doch jedenfalls — wenn er es auch nicht ausdrücklich — die Mitarbeit an der bestehenden, also republikanischen, Staatsform gemeint. Dem Schriftleiter der „A. Z.“ dagegen, Dr. Ege, kommt es auf die Mitarbeit an einer Vereinigung von Volksparteilern und Deutschnationalen an. Für die aber hat Graf Westphal noch kurz vor den Reichstagsferien von neuem die „Kaiserlandarte“ als Symbol aufgepflanzt und die Deutschnationale Partei als die einzige monarchentreue Partei bezeichnet. Der deutschnationale Graf ist offen. Der Schriftleiter der „A. Z.“ ist aber auch offen. Die Aufforderung des Herrn von Geyl mit der praktisch und geistig so schönen und bedeutungsvollen Wendung zum Zusammenfluß der „im tiefsten Sinne des Wortes staatsverhaltenden“ Parteien läßt ihm keine Ruhe. Er bietet diese Dienste als Freiwilliger an und ist empört darüber, daß dieses Vorgesuch von ihm die Volksparteiler ansehend bisher noch nicht Gehörigung gefunden hat. Dr. Ege kennt die politischen Gefährten des Herrn Stresemann in Halle und er meint deshalb, man begriffe gar nicht, wie zwischen Volkspartei und Deutschnationalen gleiche Meinungsverschiedenheiten bestehen, man könne sich vielmehr durchaus vorstellen, daß nicht nur eine Arbeitsgemeinschaft, sondern eine völlige Gemeinschaft zwischen beiden Parteien hergestellt würde und beide Parteien nur eine einzige Partei bilden könnten. Das sei nicht nur möglich und nötig, sondern dagegen gäbe es auch gar keine Ausreden.

So beurteilt man die Hallischen Volksparteiler, und andernorts wird es nicht viel anders sein. Möglich, daß man die Werbung in einer höflicheren Form vorbringt. Man diktiert den Volksparteilern einfach: Jetzt schluß mit euren Ausreden, die gib's nicht mehr. Auch daß der volksparteiliche Führer nebenbei republikanischer Reichsminister ist und in aller Öffentlichkeit eigentümlich trocken auf die Seite des kaiserlichen Stabartenrichters zu berufen kann, scheint der Werbung keine Schmierigkeiten zu bereiten. Man sieht vielmehr darüber hinweg und scheint das als einen kleinen Schönheitsfehler zu betrachten, der bei einer Vereinigung entweder nicht ins Gewicht fällt, oder repariert werden kann. Wenn man nur „im tiefsten Sinne staatsverhaltend“ ist, alles andere findet sich. Ob diese Hallische Meinung stimmt, bleibt abzuwarten.

Der, auf den es dabei in erster Linie ankommt, und an dem auch die Hallischen Volksparteiler nicht unbeachtet vorübergehen können, nämlich Herr Stresemann selbst, hat eine sehr feine Witterung für die Windrichtung, aus der die deutschnationalen Zustände kommen. Die Wählermassen der Deutschnationalen sind auf einer Wandlung, und scheinen dabei immer mehr nach der Linken Seite abzuweichen. Man sieht sich nach geeigneten Auffüllungsmaterial um. Und ausgerechnet in diesem Augenblick wird der volksparteiliche Reichsaussenminister von der akademischen Jugend zu einem Vortrage über Staatsgeinnung eingeladen! In Halle verschwindet so etwas natürlich. Oder man läßt eine Entscheidung, die nicht in den Gleichheitsstrom fällt, vielleicht mit beiderseitiger Zustimmung verschwinden. Sollte sich das Zentrum der Bereitschaft für die „im tiefsten Sinne staatsverhaltenden“ Parteien. Also: Einverständnis! Und Ausreden gib's dabei nicht! Außerdem hat man ja dieses Einverständnis schon so oft geübt, daß es eigentlich auch diesmal klappen müßte.

Ganz niedrig hängen!

In Nr. 27 des „A. Z.“ hatten wir die von dem Organ des Hallischen Volks-Bundes gegen Frau Dr. Lüders anlässlich der Flagenoffiziere auf dem Internationalen Frauenminimere-Kongress gerichteten Botschaften zurückgewiesen. Jetzt nimmt Frau Dr. Lüders in der „Völkischen Zeitung“ und unter der Überschrift „Ganz niedrig hängen“ noch einmal zu der ganzen Angelegenheit Stellung, weil die Zeitschrift „Die deutsche Frau“ nochmals auf den Vorgang zurückkommt. In einem mit

der Ueberschrift „Wo steht die Fahne“ und J. H. (wohl Nie Hanel) gesehneten Artikel, berichtet diese Zeitschrift mit unverkennbarem Behagen, daß die von der deutschen Delegation angebrachte Fahne, „Schwarz-Rot-Gold“ am Tage nach ihrer Anbringung verschwand und an dem Orte, wo sie hingewunden blieb. Dieser beschämende Tatbestand wird in dem Artikel zunächst in breiter Weise geschildert und daran die Verächtlichkeit gegenüber dem deutschen Reichthum und daran die Verächtlichkeit gegenüber dem deutschen Reichthum und daran die Verächtlichkeit gegenüber dem deutschen Reichthum geschildert. Mit anderen Worten also, daß die Schwarz-Rot-Goldene Fahne von Pariserinnen gestohlen sei.

Frau Dr. Widlers stellt zunächst fest, daß sie selbst in ihren früheren Artikeln das Verschwinden der Schwarz-Rot-Goldenen Fahne aus Scham und aus Rücksicht auf das Ansehen Deutschlands verschwiegen habe. Nachdem nun aber dieser Vorgang in dem Artikel in der Zeitschrift: „Die deutsche Frau“ an die Öffentlichkeit gesetzt und in einer geradezu zynischen Weise breitgetreten wurde, fügte sie am Schlusse ihrer in der „Börsen Zeitung“ gedruckten Erwiderung dazu aus:

„Kommentar unmöglich und überflüssig. Unmöglich, weil natürlicher Geist widerstrebt, sich mit so viel menschlicher und politischer Grausamkeit wie sie jener angeblich „nationale“ Grausamkeit in Form und Inhalt zu Tage fördert, zu befassen. Uebersichtlich, weil diejenigen, die es anginge, sich doch nicht schämen würden. Es heißt also nur übrig — wie so oft —, sich für sie zu schämen, denn ihnen selber scheint jedes Gefühl dafür abhanden gekommen zu sein, was es bedeutet, zehn Tage lang die Gattfreundschaft eines Landes zu genießen, sich um seinen führenden Staatsmännern (Briand, Herzot, de Monzie usw.) empfangen und begrüßen zu lassen und dann die Gattgeberinnen — ohne den leinsten Schatten eines Beweises — des Diebstahls am Eigentum des Landes zu zeihen! Wie groß muß der Haß gegen die „mürrdelosen Demokratinen“ sein, wie erbärmlich die Angst vor ihnen, wenn man in der Hitze des Gefechts gegen sie nicht mehr merkt, in welchem Gesinnungssinn man verfährt.“

Welleicht wird den empörten volksparteilichen Vertreterinnen der angeblich durch uns vertrieben „nationalen Würde“ jetzt doch allmählich klar, wohin zum Zwecke parteipolitischen Hehe so gräßlich entstellte Berichte führen, wie sie sie über den Pariser Frauenstimm-

rechts-Kongreß verbreitet haben. Vielleicht auch — und wir hoffen es, trotzdem wir immer bereitwillig noch auf eine der Wahrheit entsprechende Berichtigung ihrer Darstellungen in der Presse warten — werden sie nun das Wort zu den Verächtlichen in der „Deutschen Frau“ nehmen, um die „Preisfrage“ zu lösen: Wer ist der Täter, wer Anstifter, wer Mitwisser?!

D. D. P. Halle.

Am Sonnabend, den 14. August, veranstaltet der Verein der D. D. P. in den Räumen des Neumarkt-Schützenhauses (Garten und Saal) eine **Verfassungsfeier** verbunden mit einem **Sommerfest.**

Gartenkonzert •• Tombola •• Kinderbelustigungen aller Art.

Festrede zur Verfassungsfeier.
Abends Tanz im Saal.

Eintritt 60 Pfennig, Kinder frei. — Beginn 4 Uhr.

Die Mitglieder und Genußgenossen werden mit ihren Angehörigen gebeten, sich an dieser Veranstaltung zu beteiligen. Auch die Freunde aus dem Bezirk sind herzlich eingeladen.

Eintrittskarten sind in der Geschäftsstelle, Leipziger Straße 21, und in der Steinort-Buchhandlung von A. Simonsohn, Gr. Steinstraße 54/55, zu haben.

Neue Bücher

Schwahn, Fritz: Vom Werden der deutschen Republik, 1815 bis 1918. (S. Alpers-Berlag, Delitzsch), S. 147. Es ist nicht zu leugnen: Für die meisten gehört leider der Geschichtsunterricht zu den am wenigsten erinnerungsfreudigen Stunden

ihrer Schulzeit. War schon die Handhabung des Unterrichts an und für sich angebracht, jedes Interesse in dem jungen Schüler zu erwecken, so zeigte vollends das spätere Leben, wie all das Eingepaukte der Wissenschaft selbst nicht immer erbracht, entsteht und umgewandelt war. Die Vorkämpfer vermittelten Berrichterungsgeschichte. Unzulänglich war vor allem die Darstellung historischer Zusammenhänge der neuen Zeit. Aber gerade die Vorgänge der letzten 100 Jahre sind so unermesslich für das Verständnis der Zeitgeist. Und wenn heute immer wieder dem Vater großer Demokratischer Leistungen im Zusammenhang mit Freiheit- und Großdeutschlandsfragen Einblicke in jene große Zeit geboten werden, so genügt das doch nicht, die Zusammenhänge 100jähriger Geschichte eines um die Freiheit und Größe kämpfenden Volkes zu erkennen. Man kommt diesem Bedürfnis nach einer großzügig angelegten Beschreibung deutscher Vorgeschichte — wie wir sie als Demokraten sehen — Fritz Schwahn in seinem Buche nach. Es ist wie der Verfasser es selbst angegeben willen mit, vollständige Darstellung. Aber selbst der Kenner wird mit Interesse in diesem Buche lesen, das in kurzer und übersichtlicher Form all das zusammenfügt, was das deutsche Volk vor hundert Jahren bis heute bewegt hat. Es ist kein heruntergezogenes langweiliger Begebenheiten. Im Gegentheil, der Verfasser hat es verstanden, aus jener Geschichte unseres Volkes lebendig und wahr miterleben zu lassen. Er gibt uns mit dem Buch, das mit einer Würdigung der Persönlichkeit Friedrich Engels schließt nicht nur ein Werk geschichtlicher, sondern auch politischen Wertes in die Hand. E. G.

Briefkasten

Zerbst. Sie haben jedenfalls einen anderen Vorgang im Auge. In der Presse wurde die Mitteilung verbreitet:

Zwei Tage vor dem Ausscheiden des Ministers Schiele aus seinem Amt ist sein persönlicher Adjutant, Herr von Keudell, der Bruder des Landtagsabgeordneten von Keudell, noch zum Ministerialrat befördert worden. Herr von Keudell ist durch den Minister Schiele im Februar als Regierungsrat in das Reichsinnenministerium berufen worden; er wurde dann in kurzer Zeit Oberregierungsrat und nun ist seine treue Arbeit belohnt durch die Ernennung zum Ministerialrat.

Diese schnelle Karriere wollten wir nur festhalten. Geben Sie uns doch bitte über den anderen Fall nähere Unterlagen.

Hale, 16. August: Amerikanisches General-Konjunkt, Berlin, Wilhelmstraße 46-47.
Zerbst, K. Ist uns nicht bekannt.

Verantwortlich für die Redaktion und den Verlag
Ludwig Münz, Magdeburg.
Druck: Buchdruckerei Hugo Alpers (Allg. Ztg.), Delitzsch.

◆◆ Anzeigen aus dem Bezirk Magdeburg ◆◆

Park-Restaurant Herrenkrug
Jeden Mittwoch und Sonntag
Große Konzerte

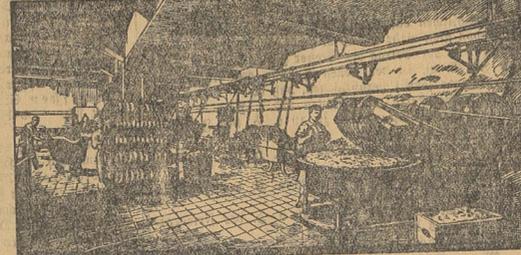
Parkrestaurant Vogelgesang
berühmt durch seinen uralten Baumbestand und durch seine wundervollen Rosen- und Seilensanlagen, die bedeutendsten der Provinz.
Sonntags:
Gesellschafts-Ball.

Salzquelle
Jeden Sonntag:
Konzert
Anschließend
Tanzkränzchen.

Hohenzollern-Park.
Jeden Dienstag, Mittwoch, Donnerstag von 4 Uhr ab
Kaffee-Konzert
mit
Kleinkunst-Bühne.
Eintritt frei. Eintritt feat.

Meyer Michaelis
Geogr. 1884 Magdeburg Geogr. 1884
Dr. Marktstr. 16 — Fernspr. 1424
älteste Bezugsquelle
für Sekt, Obstwein u. sämtliche
Schnaps-Bezugsartikel

Ausführung sämtlicher Maurerarbeiten
Neubauten - Umbauten - Reparaturen
Schwammbelegung, Trockenlegung feuchter Wände
Skizzen und Kostenschätzungen gratis und unverbindlich
Wilhelm Hohe, Baugeschäft
Bürgerstraße 10 Magdeburg - W. Bürgerstraße 10
Verlangen Sie kostenlosen Besuch.

Konsum - Verein für Magdeburg u. Umgeg. E. G. m. b. H.


**Prima Rinder-Gefrierfleisch
Frisches Schweinefleisch**
in allen Lagern.
Wurstwaren in feinsten Qualität.

Unter Manufakturwarengeschäft Dreier Weg 56 ist von
Dienstag, den 20. bis Donnerstag, den 22. Juli geschlossen.
Am Freitag, den 23. Juli Eröffnung des neuen Manufaktur-
warengeschäfts Ecke Jacobs- u. Peterstraße (Reichstrasse).

Hotel u. Restaurant „Weißer Bär“
Bes. Ad. Thurnagel.

Auto-Privat-Fahrschule
Ob.-Ing. Val. Bohland
bildet Kraftfahrzeugführer aller Klassen
zu kulantesten Bedingungen aus.
Magdeburg - Wilhelmshaus - Eing. Editharing
— Eintritt jeder Zeit. —
Tel. 6354. Tel. 6354.

Werb Abonnement!
Reisepiele im Harzer Vergnügen zu Hale.
Wochenpielplan
Sonntag, den 18. Juli, 1/5 Uhr Was ihr wollt. 7 Uhr Faust I.
Montag, den 19. Juli, 1/5 Uhr Faust I.
Dienstag, den 20. Juli, 1/5 Uhr Was ihr wollt.
Mittwoch, den 21. Juli, 1/5 Uhr Faust I.
Donnerstag, den 22. Juli, 1/5 Uhr Die Räuber.
Freitag, den 23. Juli, 1/5 Uhr Was ihr wollt.
Sonntag, den 24. Juli, 1/5 Uhr Einführung Liebes Leid und Lust. 7 Uhr Faust I.
Sonntag, den 15. Juli, 1/5 Uhr Liebes Leid und Lust. 7 Uhr Faust I.
Balkontickets von Hale nach den Heringsplan und zurück.

Hermann Peters
gegr. 1872 Magdeburg gegr. 1872
Anhaber:
Gustav und Albert Peters
Dachdeckermeister
Braunehofstr. 4, Fernspr. 5670
Ausführung aller Art Dachung.

Druck-sachen
für jeden Bedarf schnellstens an
Buchdruckerei
Hugo Alpers,
Delitzsch-Fernr. 466.

Kaufe im Konsum-Verein

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Der Politische Wegweiser erscheint wöchentlich einmal an jedem Sonnabend. — Verkaufspreis: 50 Halbescheide monatlich postfrei. — Jedes einzelne Heft kostet 10 Halbescheide. — Bestellungen nehmen alle nach dem Namen, dem Namen und der Adresse. — Preis: 1 Mark. — Bestellschein Nr. 21. — Ausgabeort: Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21. —

Abonnementpreis: Für die halbjährliche Nummer 21 1 Mark. — Für den vollen Jahrgang 10 Mark. — Abonnementbestellungen nehmen alle nach dem Namen, dem Namen und der Adresse. — Preis: 1 Mark. — Bestellschein Nr. 21. — Ausgabeort: Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21. —

Nummer 29

Halle (S.), 17. Juli 1926

2. Jahrgang

Die Krise der Diktatur.

Rangel an Persönlichkeiten — Die sterbende Monarchie — Vollmachten für König Albert — Alfons auf Reisen — Der Schatten Mussolinis — Wirkliche Diktatoren und ihre Plagiatoren — Die Erstürmung der Bastille — Primo de Rivera als Arzt — Scheinkonstitution in Spanien — Die Tangerzone — Pangalos haut ab — Diktatorenkrieg in Portugal — Oldenburg-Januschhaus Wünsche — Die Randare — Die Noten des Generals Walsh — Frankreichs Kampf um den Franken.

Man spricht so gern von einer Krise der Parlamentarismus und behauptet, daß diese Einrichtung so ziemlich als Törichteste sei, was es auf dieser an Vorhaben überdachten Welt gebe. In Wirklichkeit krank dieses System abgesehen von einem fühlbaren Mangel an Persönlichkeiten, deren Erscheinung, die es mit anderen menschlichen Leistungen teilt. Auch die Monarchie ist an dem gleichen Lebel zugrunde gegangen. Die Monarchie hat, als es eine Monarchie mehr gab, wenigstens keine, die Formate hatten. Nur die Augen Engländer und einige Kaiser, die von ihnen gelernt hatten, retteten die Kronen in die ewige Zeit. Hinterher haben die gekrönten Häupter sich selbst. Scheinbar gibt es eine Ausnahme in diesem Fall. Die belgische Kammer bewilligt ihrem König diktatorische Vollmachten, um den Frank auf seinem Abwege etwas aufzukapen. Aber König Albert ist der Name für eine andere Sache, denn die Vollmachten werden nicht von ihm, sondern von seinem Kabinett benutzt. Er darf sie unterschreiben, und wenn er sie weigern würde, etwas zuzubehalten, was ihm garnicht gefällt, so würde das nur ihm und nicht den Vollmachten haben. Das nennt man konstitutionelles System. Beibringen darf er sich darüber nicht beschweren, denn seinen Setzen in diktatorisch begüterten Ländern ergeht es nicht besser. Alfons XIII. wird zwar auf Reisen geschickt, um politische Geschäfte abzuschließen, aber seine Aufträge sind eng begrenzt. Er ist nur der Reisende der Firma und hat die Befehle ihres Chefs zu vollziehen. Und König Viktor Emanuel wird sich in den Jahren der Kaiserthronerschaft bereits daran gewöhnt haben, daß er nur der Schatten Mussolinis in die Weltgeschichte eintritt. Er selbst zählt nicht, auch wenn immer das Saopver Lied erklingt wird meistens freilich erst nach der Giovezza, der Aschmitt-Honne.

Es ist gut, daß wir eine Auswahl von Diktatoren haben — glücklicherweise in anderen Ländern — um feststellen zu können, daß auch dieses System brüchig geworden ist. Die allgemeine Epidemie, die man am besten als Krise der Persönlichkeiten bezeichnet, hat alles zerstört. Dabei aber stellt sich heraus, daß der Parlamentarismus nur ein Not aus dann arbeiten kann, wenn die Diktatur jedoch verlangt übertragende Persönlichkeiten. Es gibt in der Geschichte zweifelslos einige, die aus Rad des Weltgeschickes notwendig getrieben haben, um weil ihnen die seltsame Eigenschaft eigen, daß sie im Grunde Demokraten gewesen sind und nicht gegen das Volk, sondern gegen eine germinale und trotzdem herrschende Aristokratie auftraten. Das César seinen Ursprung von der Götterwelt herleitete, war nur eine Entleistung dieses Demokraten, sonst jedoch blieb er ein Sohn des Volkes, und die im Namen der Republik ihn erschlachten, gehörten nicht dieser Partei an, sondern dem alten Adel. Und ganz ähnlich Cromwell, ganz ähnlich auch der kleine Napoleon aus Korsika, der sich nachher Kaiser Napoleon nannte und nie seine Herkunft aus der französischen Revolution verleugnete. Selbst sein Leibe, der sich nicht in diese Reihe einordnen läßt, bekennt sich immer zum Volkstum, und er hat bekanntlich ähnlich wie König Oskar von Schweden geäußert: „Ich wäre sehr gern Republikaner, aber mein Geschäft erlaubt mir das nicht.“

Diktaturen haben in erregten Zeiten schon einen Sinn, wenn man Diktatoren hat und keine Surrogate. Auch Mussolini gehört in diese Kategorie, obwohl er augenblicklich noch auf der Höhe der Macht steht. Die Verdienste, die er erlangt hat, scheinen sich der stärksten Seele ein. Man hebt dort die starken Töne. Und trotzdem darf nichts darüber hinwegtäuschen, daß der Boden nicht sehr unter ihm ist. Sein kleiner Nachfolger, General Primo de Rivera, erzählt zwar in Paris, wo er bei den Klängen der Marschälle am Tage der Erstürmung der Bastille militärisch grüßen wird, daß er als Arzt eine unbedingte Notwendigkeit am spanischen Volkstum zu stellen, daß ihm noch keine medizinische Gesellschaft zu ihrem Ehrenmitglied ernannt hat. Offenbar will man erst die Folgen seiner Eisenherrschaft überblicken können. Vorläufig führt sich der Patient jedenfalls reichlich unbedarft, und von irgendwelchen Genesungsfortschritten wird nichts sichtbar. Im Gegenteil. Das große Geschick, das man dort eine lächerliche Verschwörung nannte, zeigt,

daß noch starke Gifte im Körper sind. Es ist schließlich keine Kleinigkeit, wenn sich die ersten Gränder des Landes heimlich zusammantun, um die unfreiwilligen Diktatur zu steuern. Primo de Rivera hat auch so eine leise Ahnung davon, daß es mit der Diktatur allein nicht geht. Deshalb keine Bemühungen, einen Scheinkonstitutionalismus zu schaffen, ein Parlament, in das aber nur erprobte Männer eintreten dürfen. Wähler sind unermüdet. Sie werden schon durch die Statuten ausgeschlossen, was mit man den Zweck eines solchen Benfalls allerdings gründlich verkennt.

Wenn man im Inneren sich selbstgeföhren hat, sucht man nach außenpolitischen Geiseln. Das haben Diktatoren und Herrscher von Gottes Gnaden jederzeit als das letzte Rezept angesehen. Mitunter gelang es, meistens aber endete es mit einem Mißerfolg, wie erst vor einem Jahrzehnt bei den Romanows. Auch der Spanier sucht kramph,

Primo de Rivera.



„Jeder Putsch ist Hohperr! Außer meine Sache!“

hät nach Erhöhung des Preises. Dabei ist das Klügliche: auf Tanger, das ja in Wien zu erreichen ist. Er möchte gerne die Zone der neutralen Zone in das spanische Her durchziehen. In Paris nicht man wohl knüpfte nur die eine Bedingung an die Zustimmung in London sich zu Gleichem entschließen, Voraussetzt, daß dort schon das Klein gelipelt so geschah es. Aber selbst wenn Herr Changanliche gewesen wäre, hätte deshalb die Frage in Tanger gelöst werden können. Dieser erheben darauf auch Anspruch. Preisstängel, worauf die Italiener nicht Auf von Nordpol angefangen bis Feuerland. eben eng und hart, im Naume lösen sich das Das Einzige, was der General heimbringt, ist brief.

Auch Griechenland hat einen General. Nach dem Kriege von Völkern verboten bleibt diesen arbeitslosen Zeitgenossen nicht sich nach einer anderen lohnenden Beschäftigung. Nur dem Höchsten gilt ihr Streben, und so verhalten sie regelmäßig auf den Königsstuhl. Auch Pangalos haut die Diktatur langsam und sicher ab, ehe man ihn abbaut. Er schläßt die Verantwortung allmählich ab. Und er tut recht daran, denn die Erfahrungen seines Kollegen Dacosta sind nicht die besten. Mit dem Waffen hat er sich nicht begeben. Er selbst trat eine unfreiwillige Heise nach den Ägoren an. Auch der Name de Herosimo hat ihn dabei so wenig bekehrt, wie Abd el Kerim der Name seines künftigen Reichthumsvertrages La Reunion. Ein kleiner Zwischenfall unterweg, eine Garantie der militärischen Disziplin, zu bester Meuterei der Bewachungsmannschaften, wendet den Kurs. In unsere Heimat

lehren wir wieder. Dort hat sich inzwischen die Konturzenz aufgetan, und so erleben wir mit einer geradezu langweiligen Wiederkehr des Gleichen, daß überall, wo ein Militär Diktator wird, der Krieg der Diktatoren entbrennt. Das ist nicht nur in China, sondern auch in Europa so.

Klage Beobachter werden daraus schließen, daß es mit diesem vielgerühmten System nichts ist. Da diese Erkenntnis aber nur für Folge Beobachter gilt, hat General Oldenburg-Januschhaus bei einer Dankmahlzeit in Kielburg geäußert, der Generalkonvention in Kielburg fester anzuhängen. Aus dem Kaiserreichsstation des preußischen Junkers in das Politische überführt, Herr von Hindenburg sollte Diktator spielen. Die Gefahr ist nicht groß, denn der Marschall hat eine Eigenschaft, die ihn dazu ganz ungeeignet macht, seine Treue. Er hält jeden Eid, den er geschworen, noch freihändig angefangen bis zum Eid auf die Reichsverfassung. Was ihm die Januschhaus aller Färbungen sehr verdanken, auch wenn sie von nichts so viel reden, als von der deutschen Treue. Der Präsident der deutschen Republik aber hat in diesem Jahre seiner Amtsführung überdes gelernt, daß ein Staat nicht ganz so robust ist, wie er scheint, sondern aus der Werksstätte der Feinmechanik herorgegangen ist und viel mehr Intelligenz zur Bedienung braucht, als Reichsblätter annehmen. Diese Reiche, die immer peinig über andere Ehre wachen, sind wenigstens vorurteillos, sobald es sich um die Ehre selber handelt. Niemals geraten sie in einen Konflikt der Wäcker, schon weil sie mit diesem Begriff nichts anfangen wollen. Am meisten scheuen sie Verantwortung. Wenn ein französischer General, der zufällig kein Diktator ist, sondern nur an der Spitze der internationalen Militärkommission steht, seine Diktatorberechtigung nachweisen will und Deutschland mit Noten über mangelnde Abrüstung — daß die Vorkonferenz von Versailles nicht abgerufen erklärt hat, daß er offenbar übersehen, obwohl diese Feststellung in französischer Sprache getroffen wurde, so jubeln alle Frommen. Weich, die Republik hat Recht. Nichts ist ihnen unjüngstlicher, als

Es ist gut, was man mit einem auch beschloß, wenn der Frank führe wie kleine Kinder, die sich überharte freuen, wobei wir den recht tun wollen. Sie beschäftigen sich mit der Feuerwehr und den schänden. Nicht einmal an einer sie Interesse. Der Kampf, den den, ist in Wirklichkeit eine Inter. Es ist unter dringender Wunsch. Das französische Dumbing mir wir stimmen den Amerikaner zu, seinen Wiederaufbau vollziehen anfangen auf Goldstandard gebracht erfolgen wir auch mit herzlicher ungen der Gouverneur Strong die sich in der Siebende der Nit dem Gouverneur der Bank von eralangen für die Reparationen es europäische Problem zu lösen. unserem Sinne, daß Caillaux in Erfolg erstritten hat. Die Sicher nicht zugebilligt, was wir bei die Möglichkeit einer Revision wenn Deutschland mit seinen stand bleibt. Hier werden zu schäbe, und es ist schade, daß man gegen diese Wertpapiere sträubt.

Wenn die Angelegenheiten von Frankreich nur dann Schuld denigung verlangen können, wenn Deutschland ablungsfähig ist, bietet das eine gewisse Garantie gegen neue Aufreinstfälle. In Paris ist man dann nicht mehr so erregt, sobald ein Wechsel auf Berlin gezogen nicht honoriert wird. Man hält sich einfach an seinem eigenen Gläubiger schuldig. England und Amerika können gar nicht den Wunsch hegen, daß wir das ganze Danesquandien erfüllen, denn da die Korruption überführt unterer Wirksamkeit sind, müssen wir sie erst aus dem Weltmarkt herausscholen zum Schaden der Konkurrenz. Sie aber verzichtet lieber auf Erhaltung als auf Geschäfte. So schläßt sich der Ring. Doch um sich in dieser Wertpapiere von Politik

